

Archiv

Vorstand der Sozialdemokratischen

Partei Deutschlands Bonn

17. Dez. 1963

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XVIII, 239

Bonn, den 17. Dezember 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Wachsam und geschmeidig

48

Abrüstungsfrage bleibt auf der Tagesordnung

2 - 3

IM GEDENKEN AN ERICH OLLENHAUER

42

Sein Artikel zur Jahreswende 1962/63

\* Am 22. Dezember 1962 veröffentlichte der SOZIALDEMOKRATISCHE \*  
\* PRESSEDIENST einen Artikel von Erich Ollenhouer unter der \*  
\* Überschrift "1963 - DAS JAHR DER SOZIALDEMOKRATIE". Wir haben \*  
\* Ollenhouers damaligen Artikel in diesen Tagen noch einmal ge- \*  
\* lösen und hierbei festgestellt, daß jedes Wort und jeder Satz \*  
\* seine Gültigkeit behalten haben. In Erinnerung an unseren ver- \*  
\* storbenen Parteivorsitzenden veröffentlichen wir jetzt noch \*  
\* einmal diesen Artikel. Wir glauben, daß wir damit an besten \*  
\* die in vieler Nachrufen an Erich Ollenhouer hervorgehobene Zu- \*  
\* verlässigkeit seines politischen Urteils darstellen können. \*

Die Redaktion

4

100 Jahre SPD

27

Preisverteilung der Otto Wels-Gesellschaft

4

"Aktion Gemeinsinn"

22

Um die Mitarbeit des Bürgers

5

Ein unbefriedigender Prozeß

55

Wer ist schuld an dem Tod von Heike Spitzberth?

6

"Kopfgeld" für Familienzusammenführung

42

Hilferufe in großer Zahl

Chefredakteur Günter Markscheffel

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Telefon: (022 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 - Redaktion: (2 18 31 / 32) - Telex: 6 636 890

Wachsam und geschmeidig

Abrüstungsfrage bleibt auf der Tagesordnung

sp - Die oft von Kennedy gebrauchte Formulierung, der Westen müsse wachsam und geschmeidig zugleich sein, hat auch in Paris die ersten Gespräche der NATO-Konferenz bestimmt. Mehr am Rande als in den offiziellen Besprechungen selbst spielte das Wort von der "Entspannungspolitik" eine erhebliche Rolle, wobei allerdings deutlich wurde, daß dieser Begriff sehr unterschiedlich interpretiert wird. Es gibt einige sehr dehnbare Entspannungsvorschläge des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow; auch der Entspannungsplan des polnischen Außenministers Rapacki mit der Perspektive eines Auseinanderrückens möglicher Kriegsgegner an den gefährlichen Reibungsflächen ist noch im Gespräch. Allerdings haben die polnischen Pläne seit ihrem Entstehen im Jahre 1957 beträchtliche Wandlungen erfahren, denen die technische Vervollkommnung der Kriegsmaschinerie zugrunde liegt.

Einig ist man sich im Westen darüber, daß die Kampf- und Verteidigungskraft der freien Welt nicht geschwächt werden darf; weniger einig dagegen in der Frage, was praktisch getan werden kann, um Entspannungstendenzen in der Weltpolitik zu fördern.

Soweit es sich um die Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der Genfer UNO-Kommission handelt, muß man leider davon ausgehen, daß hier allzu oft Prestigefragen bei der Gegenüberstellung von Vorschlägen eine zu große Rolle spielen. Während die dem Ostblock angehörigen Kommissionsmitglieder ständig und in vielfältiger Art mit neuen Vorschlägen aufwarten, blieb der Westen meist in der Defensive. Dabei ist man sich auf beiden Seiten völlig klar darüber, daß der Rüstungswettlauf nicht ins Uferlose fortgesetzt werden kann, will man nicht eine Überbelastung der jeweiligen Volkswirtschaften in Rechnung stellen.

Schon zu Lebzeiten des US-Außenministers Dulles hatten die Amerikaner ein Abrüstungsamt eingerichtet, dem die Aufgabe gestellt war, der Regierung ständig realistische Abrüstungsvorschläge zu unterbreiten, bei deren Verwirklichung zwar die Verteidigungskraft der USA erhalten bleibt, gleichzeitig jedoch die Einleitung einer flexiblen internationalen Politik ermöglicht wird. In Großbritannien gibt es so etwas ähnliches, obwohl sich dort die Regierung mehr auf private Forschungen stützt. In der Bundesrepublik und in Frankreich dagegen hat man sich bisher nicht der Mühe einer gründlichen Abrüstungsforschung unterzogen. Dem Vernehmen nach gibt es in Bonn zur Zeit zwei oder drei Beamte, die den Auftrag haben, Abrüstungsvorschläge an die Regierung zu studieren und der Bundesregierung zur Beurteilung vorzulegen....

Etwas mehr Aktivität auf diesem Gebiet würde nicht schaden, da möglicherweise eines Tages in der Welt die Meinung aufkommen könnte, die Bundesrepublik kümmere sich überhaupt nicht um die Problematik der Entspannung. Es bleibt nämlich wahr, daß eine gute internationale Politik eine Medaille mit zwei Seiten ist. Die eine Seite ist die ständige Wachsamkeit und Bereitschaft, die Freiheit zu verteidigen; die andere die Bereitschaft zur Entwicklung einer geschmeidigen Politik, in der es auch Chancen für die Entspannung gibt.

IM GEDENKEN AN ERICH OLLENHAUER

Sein Artikel zur Jahreswende 1962/63

\* Am 22. Dezember 1962 veröffentlichte der SOZIALDEMOKRATI \*  
\* SCHE PRESSEDIENST einen Artikel von Erich Ollenhauer un- \*  
\* ter der Überschrift " 1963 - DAS JAHR DER SOZIALDEMOKRATIE". \*  
\* Wir haben Ollenhauers damaligen Artikel in diesen Tagen \*  
\* noch einmal gelesen und hierbei festgestellt, daß jedes \*  
\* Wort und jeder Satz seine Gültigkeit behalten haben. In Er- \*  
\* innerung an unseren verstorbenen Parteivorsitzenden veröf- \*  
\* fentlichen wir jetzt noch einmal diesen Artikel. Wir glau- \*  
\* ben, daß wir damit am besten die in vielen Nachrufen an \*  
\* Erich Ollenhauer hervorgehobene Zuverlässigkeit seines po- \*  
\* litischen Urteils darstellen können. - Die Redaktion \*

\* \* \*

An dieser Jahreswende werden die Menschen mit etwas mehr Opti-  
mismus und Zuversicht ins neue Jahr gehen als im vergangenen. Noch  
ist keines der großen Probleme der internationalen Politik gelöst,  
aber es ist die Hoffnung gewachsen, daß eine friedliche Lösung die-  
ser Probleme möglich ist und daß die große Katastrophe eines atomar-  
en Vernichtungskrieges vermieden werden kann. Das Einlenken der  
Sowjetunion im Falle Kuba und die Bemühungen der Sowjetunion in den  
Fragen der international kontrollierten Abrüstung und der Sicherung  
einer friedlichen und freiheitlichen Existenz von Berlin die Verhand-  
lungsmöglichkeiten nicht zu zerschlagen, stützen diese Hoffnungen.

Niemand vermag zu sagen, wie weit dieses Verhalten ausreicht, um  
im neuen Jahr zu Ergebnissen zu kommen, die die internationale Lage  
weiter entspannen. So bleibt das Bemühen um erste konkrete Schritte  
in dieser Richtung einer international kontrollierten Abrüstung eine  
der dringendsten und vordringlichsten Aufgaben der internationalen  
Politik. Die Bundesrepublik sollte in Rahmen ihrer Möglichkeiten und  
gemeinsam mit unseren Verbündeten alles tun, um eine solche positive  
Entwicklung zu fördern.

\* \* \*

Es kann sein, daß sich bei Fortschritten in der Abrüstungsfrage  
auch neue Ansatzpunkte für neue Verhandlungen über die Lösung der  
Berlin-Frage und für eine schrittweise Wiederherstellung der Einheit  
Deutschlands ergeben. Die Sicherung und Erhaltung der Freiheit und  
der Lebensfähigkeit Berlins und die Sorge um die Schaffung einer  
Ordnung, die auch unseren Landsleuten in der Zone die Aussicht auf  
ein Leben in Freiheit und Recht eröffnet, müssen die zentralen Auf-  
gaben der Politik der Bundesrepublik bleiben. Die Deutschland-Frage  
darf nicht von der Tagesordnung der internationalen Politik abge-  
setzt werden.

Das erfordert auch deutsche Anstrengungen bei der Ausarbeitung  
von Lösungen. Wir müssen bereit sein, hier unorthodox und unverein-

genommen an den Vorarbeiten unserer Verbündeten teilzunehmen. Ohne sie und ohne ein gegenseitiges Vertrauen können unsere Lebensfragen nicht gelöst werden. Dabei ist es unsere Verpflichtung, wie die Verpflichtung jeder Regierung gegenüber ihrem eigenen Volk, darauf zu achten, daß die Lebensmöglichkeiten und die Zukunft unseres Volkes in einer freien und friedlichen Ordnung gesichert werden.

\* \* \*

Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung werden die Entscheidungen des nächsten Jahres über den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der freien Völker Europas sein. Die Mitgliedschaft Großbritanniens und der skandinavischen Länder, die ebenfalls den Beitritt zur EWG beantragt haben, wird ein entscheidender Schritt auf diesem Wege und auf dem Weg zu einer engeren Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika sein. Diese Bemühungen um den Ausbau der europäischen Zusammenarbeit müssen die uneingeschränkte Unterstützung der Bundesrepublik finden.

\* \* \*

Innenpolitisch bedeutet der Jahreswechsel einen wesentlichen Einschnitt in die Entwicklung der Bundesrepublik seit 1949. Mit Mühe und Not haben die bisherigen Regierungsparteien noch vor Jahresschluß eine ungebildete Regierung der Kleinen Koalition zustande gebracht. Sie startet ohne Verteidigungsminister Strauss und mit der Fristsetzung für die Beendigung der Bundeskanzlerschaft Adenauers im Herbst 1963. Das waren nach dem Zusammenbruch der ersten Regierung der Kleinen Koalition unausweichliche Notwendigkeiten. Aber trotzdem bleibt auch das neue und letzte Kabinett Adenauer ein Notbehelf.

Diese Regierung wird den vor uns liegenden Aufgaben des neuen Jahres ebensowenig gerecht werden wie ihre Vorgängerin. Die Sozialdemokratie wird sie trotz ihrer Skepsis nach ihren Leistungen messen.

Hier steht im Vordergrund die Notwendigkeit, alle Vorgänge um die sogenannte "Spiegel"-Affäre restlos zu klären und Maßnahmen zu treffen, die in Zukunft jeden Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit unserer Bundesrepublik ausschließen. Nur so können die Unruhe und die Vertrauenskrise in weiten Schichten unseres Volkes überwunden werden.

\* \* \*

Dazu kommen die anderen sich zwangsläufig ergebenden Aufgaben, die gelöst werden müssen. Der Haushalt 1963 muß in Ordnung gebracht und sobald als möglich verabschiedet werden. Die Bundesregierung muß sich erklären über ihre Absichten in der Verteidigungspolitik, und das sogenannte Sozialpaket muß endlich dem Bundestag vorgelegt und zur Entscheidung gestellt werden. Dabei muß sich zeigen, ob es den dringenden Notwendigkeiten auf sozial-politischem Gebiet gerecht wird.

Die Regierung drängt auf die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Die Sozialdemokratie hat sich der Mitwirkung an diesem Gesetzeswerk nicht entzogen. Aber ihre Bedingungen sind seit unserem Parteitag in Köln bekannt. Die Sozialdemokratie wird wie bisher sachlich und unvoreingenommen die Entwürfe der Regierung im Lichte unserer Kölner Beschlüsse prüfen. Dabei müssen alle Beteiligten wissen, daß eine Verabschiedung dieser Gesetze ohne die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht möglich ist.

\* \* \*

Wenn dieser Jahresabschluß ein bedeutsamer Einschnitt in die Innenpolitik der Bundesregierung bedeutet, dann nicht wegen der Überwindung der schweren Regierungskrise, sondern wegen der Umstände, die sie begleiten. Am Anfang der Bemühungen um die Bildung einer neuen Bundesregierung stand das Angebot der CDU/CSU und des Bundeskanzlers, mit den Sozialdemokraten eine neue Bundesregierung zu bilden. Die Partei und der Mann, die die Sozialdemokratie ein Jahrzehnt lang als regierungsunfähig auf der Bundesebene diffamiert hatten, gaben diese Position auf, die eine der schwersten Belastungen der deutschen Politik gewesen ist. Der Versuch einer Koalition mit der SPD ist gescheitert, aber die Tatsache des Versuchs bleibt bestehen. Die Sozialdemokratie hat dieser Bestätigung ihrer staatspolitischen Vertrauenswürdigkeit und ihrer Regierungsfähigkeit angesichts ihrer Leistungen nicht bedurft. Aber sie ist heute eine auch von unseren hartnäckigsten Gegnern anerkannte Tatsache. Sie wird weiterwirken, und sie wird ihr Gewicht haben, wenn der jetzige Versuch der letzten Regierung Adenauer scheitert und wenn sich niemand ernsthaft der Notwendigkeit einer Regierungsbildung auf breiter Grundlage mehr entziehen kann.

\* \* \*

Die Sozialdemokratie geht so in einer gefestigten und gestärkten Position in das neue Jahr. Das Jahr 1962 hat mit seinen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen und Bayern die bei der Bundestagswahl 1961 sichtbar gewordene Aufwärtsentwicklung eindeutig bestätigt. Die Zahlen unserer Erfolge sprechen eine klare Sprache. In vier Bundesländern verfügt die Sozialdemokratie jetzt über eine absolute Mehrheit: in Berlin, Hamburg, Bremen und nun auch in Hessen. Wir sind auf dem Wege zu der breiten, in allen Schichten unseres Volkes verwurzelten Volkspartei.

\* \* \*

Das Jahr 1963 wird im Zeichen der Sozialdemokratie stehen. Unsere Partei feiert in diesem Jahr ihr hundertjähriges Bestehen. In einer großen festlichen Kundgebung am 12. Mai in der Stadthalle in Hannover und im Deutschlandtreffen vom 30. August bis 7. September in Hamburg werden die Veranstaltungen dieses Jahres ihren Höhepunkt finden. Die Sozialdemokratie wird sich mit Stolz zu ihrer Tradition bekennen, und sie wird sich gleichzeitig präsentieren als eine Partei, die mit ungebrochener Kraft und neuen Impulsen mitten in der Gegenwart steht. In der Darstellung unserer Geschichte und unseres Wirkens in der Gegenwart und unseres Willens für die Zukunft wird sichtbar werden, daß Geschichte und Leistungen der Sozialdemokratie ein wesentlicher Bestandteil der Geschichte des politischen und sozialen Freiheitskampfes unseres Volkes sind.

Aus der Dokumentation dieser Tatsache werden wir neue Kraft gewinnen für die Vollendung der Aufgabe, unseren Volke in allen seinen Schichten eine in Freiheit und Frieden, in Recht und Gerechtigkeit begründete Zukunft zu sichern.

+ + +

100 Jahre SPD

sp - Groß ist die Zahl von Publikationen, die aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens der Deutschen Sozialdemokratie erschienen sind. Sie würden zusammengefaßt viele Bände füllen. Das Thema verlockte Publizisten und Journalisten zu wohlwollenden politischen und auch distanzierteren Betrachtungen über eine Partei, deren Wirken und Strahlungskraft aus der deutschen Geschichte der letzten 100 Jahre nicht wegzudecken ist. Die Otto Wels-Gesellschaft war gut beraten, als sie sich entschloß, die besten über dieses Thema erschienenen Arbeiten zu prämiieren. Die Bewertung, vorgenommen von einem hochqualifizierten Preisrichterkollegium, legte strenge Maßstäbe an. Die journalistische Leistung galt, nicht Linientreue. Unter den 24 Preisträgern - den ersten Preis von 10.000 DM bekam Günther Gillessen von der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" für seinen Beitrag "Die Last einer Utopie" - befanden sich viele, die nicht der SPD angehören. Es spricht für die Unbefangenheit der Preisrichter, daß sie auch Beiträge von Mitarbeitern an Zeitschriften miteinbezogen, deren Einstellung zur SPD nicht immer von besonderem Wohlwollen getragen ist.

Über der Feierstunde im Saal der Godesberger Burgruine lag freilich ein Schatten. Erich Ollenhauers Wunsch war es gewesen, die Preisverteilung noch zum Abschluß der Jahrhundertfeiern der SPD vorzunehmen. Er gehörte zu den Gründern der Otto Wels-Gesellschaft und leitete deren Präsidium. Mit Otto Wels, dessen Namen die Gesellschaft trägt, verband ihn tiefe, persönliche Freundschaft, die schwerste Zeiten überdauerte. Preisträger, das Preisrichterkollegium und die Veranstalter standen unter dem Eindruck des Todes eines Mannes, dem die Persönlichkeit Otto Wels Vorbild war.

+ + +

"Aktion Gemeinsinn"

sp - Nicht alles läßt sich durch Gesetze und durch den Staat regeln. Ein gesundes Gemeinwesen braucht die freiwillige Mitarbeit des Bürgers und seine Verantwortungsfreude. Sie kann kein Gesetz ersetzen. Das Verantwortungsbewußtsein des Bürgers zu wecken, ihm Tätigkeitsfelder zu eröffnen, sein Mitgefühl für den Mitmenschen zu heben - das hat sich das in diesen Tagen ins Leben gerufene Kuratorium "Aktion Gemeinsinn" vorgenommen. Es steht unter dem Patronat des Bundeskanzlers; Männer und Frauen aus allen Schichten und Parteien gehören ihm an. Die bisherigen, abgelaufenen Aktionen, wie "Das Alter darf nicht abseits stehen", brachten schöne Erfolge, die sich nicht allein an Gelde messen lassen. Tausender verlorener Menschen wurde Hilfe gegeben, ihnen das Gefühl des ganz Verlorenseins genommen. Das Kuratorium hat sich vorgenommen, durch geeignete Werbemittel wie Rundfunk und Fernsehen die Bevölkerung aufzurufen, Lücken zu füllen, die das Gesetz nicht schließen kann. Daß die Gründung des Kuratoriums in den Vorweihnachtstagen erfolgte, mag als ein gutes Zeichen zu werten sein. Als Volk haben wir in der schlimmsten Zeit unserer Geschichte erfahren, was Solidarität, im rechten Augenblick gewährt, bedeutet. Der helfende Mensch löst bei denen, die seiner Hilfe bedürfen, neue Lebensenergien aus, gibt ihnen den Glauben an sich selbst und an ihre Mitmenschen wieder. Ein schönes Zeugnis menschlichen Wirkens kann es wohl nicht geben. Dem Kuratorium "Aktion Gemeinsinn" ist der Erfolg und die Resonanz in der Öffentlichkeit zu wünschen, die seine Zielsetzungen verdienen.

+ + +

- 2 -

Ein unbefriedigender Prozeß

sp - In der ersten Dezemberwoche hat das erweiterte Schöffengericht in Rendsburg den 38-jährigen Bundeswehrrmajor Wolfgang Böhnke von den Vorwürfen freigesprochen, er sei für die fahrlässige Tötung des 13-jährigen Mädchens Heike Spitzbarth aus Jevenstedt bei Rendsburg verantwortlich. In diesem Prozeß trat der Elektrokaufmann Helmut Spitzbarth, der Vater des Mädchens Heike, das am 9. Juni 1960 von einem Kettenpolster aus Böhnkes Panzermarschkolonne erschlagen wurde, als Nebenkläger auf. Wie muß dieser Vater, dessen Kind damals im Auto neben ihm sitzend von einem heranziehenden Kettenpolster getötet wurde, fühlen?

Spitzbarth hatte verzweifelt versucht den Schuldigen für den Tod seiner Tochter zu finden. Zwei Mal stellte die Staatsanwaltschaft in Kiel das von ihm geforderte Ermittlungsverfahren ein. Erst als sich Spitzbarth an den Generalstaatsanwalt und das Justizministerium wandte, kam das Verfahren zögernd in Gang.

Spitzbarth selbst ist aber nach Ansicht des Rendsburger Gerichts selbst schuldig geworden. Er hatte grobe und wohl auch unzulässige Telegramme an viele Persönlichkeiten geschickt, um den Prozeß in Gang zu bringen. Zuletzt telegraphierte er an die Pfla-Schule in Rendsburg, zu der die Panzerkolonne gehörte. Aufgrund dieses Telegramms wurde er am 3. September zu 200 DM Geldstrafe verurteilt. Dieser Beleidigungsprozeß brauchte nur wenige Monate für seine Vorbereitung; während für den Mötungsprozeß die Zeit vom Juni 1960 bis zum Dezember 1963 ins Land verstrich.

Im Prozeß war zur Sprache gekommen, daß sich allein von Böhnkes Panzerkolonne auf einer Strecke von 50 Kilometern 43 Kettenpolster lösten! Ferner: Schon im Januar 1960 untersagte das Truppenamt der Bundeswehr die Verwendung der "Backhaus-Polster". Dieser Befehl war jedoch sehr unklar. Er bezog sich nur auf die Montage und nicht auf den weiteren Gebrauch der Polster. Liegt nicht schon bei den Stellen, die diesen unklaren Befehl formulierten, eine gewisse Schuld an dem bedauerlichen Vorfall?

Dann ist noch die Frage, warum die in Gutachten als besonders schlecht bezeichneten "Backhaus-Polster" verwendet wurden. Im Prozeß in Rendsburg wurde ausgesagt, daß - zur Zeit des Franz Josef Strauss - "eine bestimmte Weisung in unserem Hause" vorlag, diese Kettenpolster zu verwenden. Hier erhebt sich die Frage, inwieweit dieser Vorgang indirekt auf den Tod von Heike Spitzbarth zielt. Ganz abgesehen davon, daß es noch eine Serie weiterer Unfälle auch mit tödlichem Ausgang durch "Backhaus-Kettenpolster" gab.

Vor dem Koblenzer Gericht hatten sich kürzlich der Fabrikant Erwin Backhaus, nach dem die Kettenpolster benannt sind, und drei höhere Regierungsbeamte zu verantworten. Der Leiter der Bundeswehrrerprobungsstelle für Panzer wurde vorgeworfen, er habe 17 000 DM angenommen, um bei der Erprobung der Backhaus-Ketten "nicht ausschließlich sachliche Gesichtspunkte walten zu lassen". Dann gibt es noch die Ermittlungssache (AZ. 9 BJ s 63/62) gegen den technischen Direktor der Döhl KG, (vormals Backhaus) in Remscheid. Hier geht es um die Frage, ob sich der Direktor Dr. Hermann Fopp der fehlerhaften Herstellung von Wehrmitteln schuldig machte, indem er 7 000 für untauglich befundene Rohkörper für die Kettenpanzer vom Schrottplatz zurückholen und verwenden ließ.

Alles in allem scheint es dringend notwendig zu sein, daß sich der Vertiefungsausschuß des Bundestages mit der Kettenpolsterbeschaffung gründlich befaßt und feststellt, wer denn nun die wirklich Schuldigen für die mangelhafte Ausrüstung der Bundeswehr-Panzer sind. Schließlich muß auch der Gerechtigkeit insoweit genüge getan werden, als dem Vater Spitzbarth mitgeteilt wird, wer für den Tod verantwortlich ist.

### "Kopfgeld" für Familienzusammenführung

sp - In der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 11. Dezember 1963 wurde u. a. das schmerzliche Problem der Familienzusammenführung angesprochen, welches in der Bundesrepublik für breite Bevölkerungsschichten eine tiefe menschliche Bedeutung hat. Die Anfrage des Abgeordneten Dr. Mommer bezüglich der Kopfgelder, welche für die Ausreise deutscher Volksangehöriger aus Rumänien verlangt werden, ging auf einen Antrag zurück, der am 14. Juni 1961 der Bundesregierung durch einen einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages erteilt worden war. In diesem Beschluß, der die Voraussetzungen einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den europäischen Ostblockstaaten behandelte, wurde auf die menschlichen Notstände hingewiesen, welche schon fast zwei Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer in der Frage der Familienzusammenführung bestehen.

Während z.B. Polen und Ungarn in dieser Frage niemals einen völlig ablehnenden Standpunkt bezogen haben, war es bisher den deutschen Volksangehörigen in Rumänien und in der Tschechoslowakei in ganz seltenen Fällen möglich, Ausreisegenehmigungen zu erhalten, um sich mit ihren Familienangehörigen in der Bundesrepublik zu vereinigen. Der "Jaksch-Bericht" des Bundestages wies auf rund 30.000 unerledigte Anträge von Rumänier-Deutschen auf Auswanderung hin, welche überwiegend Familienzusammenführungen und Härtefallregelungen betrafen. Die Zahl der Deutschen in Rumänien, welche sich mit ihren Verwandten und Landsleuten in der Bundesrepublik vereinigen möchten, wird jedoch als bedeutend höher angenommen, zumal die Antragstellung auf Auswanderung in den zurückliegenden Jahren zumeist mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden war.

- \* Unzweischmerzlicher wurde es empfunden, daß die seit einiger
- \* Zeit erfolgten Lockerungen dieser Ausreisesperre nur gegen
- \* die Bezahlung hoher K o p f g e l d e r erfolgte, welche
- \* die Angehörigen in der Bundesrepublik und in anderer westli-
- \* chen Ländern schwer belasteten.

Es ist daher naheliegend, daß im Zusammenhang mit der Errichtung von Handelsmissionen auch das Problem einer Liberalisierung der Familienzusammenführungen aus den europäischen Ostblockländern erneut in den Vordergrund gerückt wird. Bei den Abgeordneten des Bundestages laufen bereits derartige Hilferufe in großer Zahl ein. Es ist daher nicht denkbar, daß bei den Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zu diesen Staaten an dem Problem der Familienzusammenführung vorbeigeredet werden könnte. Dieser menschliche Notstand erfüllt Millionen Menschen Westdeutschlands mit brennender Sorge. Deshalb wäre es eine unerträgliche Belastung, selbst bei verbesserten Handelsbeziehungen, wenn z.B. aus Rumänien künftig nur die ein oder zwei Prozent der Glücklichen ausreisen können, deren Angehörige in der Lage sind, die geforderten hohen Kopfgelder zu bezahlen.

Der Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion zielte darauf hin, der Bundesregierung die Notwendigkeit einer Gesamtregelung auf diesem Gebiet in Erinnerung zu bringen, wie sie auch durch den Beschluß des Bundestages vom Juni 1961 vorgesehen war.